

E 7110 1967/32/821 Grossbritannien

*Le Ministre de Suisse à Londres, W. Thurnheer,  
au Chef du Département de l'Economie publique, W. Stampfli*

L

London 17. August 1943

In Verbindung mit unsern Demarchen betreffend Verhandlungen und Rückkehr der Delegation, wurde seitens Mr. Foot, wie auch parallel bei Mr. Seebohm, wiederholt auf die militärischen Entwicklungen in Europa, bezw. die Möglichkeit der baldigen Wiederherstellung einer direkten Verbindung mit der Schweiz verwiesen. Wie mir denn auch Mr. Foot mitteilte, befasst sich das Ministry of Economic Warfare bereits aktiv mit der Vorbereitung für eine derartige Eventualität. Mr. Foot erklärte mir, dass die Wiederherstellung einer direkten Verbindung natürlich eine völlig neue Situation schaffen würde. Das Ministerium erwartet dabei nicht bloss eine weitgehende Erleichterung im Verkehr Schweiz – Alliierte und die weitgehende Beseitigung der deutschen Einschränkungen, sondern offensichtlich auch eine wesentliche Umgestaltung unseres gesamten Aussenhandels, unter weiterem Abbau unserer Lieferungen nach der Achse.



Ich orientierte Sie hierüber kurz in meinem Kabel No. 781<sup>1</sup>, unter Aufwerfung der von Mr. Foot gestellten konkreten Frage über das allfällige weitere Schicksal der Geleitscheine. Ihre Antwort No. 856<sup>1</sup> wurde sogleich an Mr. Foot weitergeleitet und fand dessen volle Anerkennung. Darüber hinaus, hält jedoch das Ministry of Economic Warfare auch auf schweizerischer Seite eine nähere Vorbereitung für die allfällige Wiederherstellung einer direkten Verbindung für wünschenswert. Insbesondere sollte in Mr. Foot's und Mr. Riefler's Meinung, unsere Delegation auch auf derartige Fragen der künftigen Gestaltung so vorbereitet sein, dass lange Rückfragen und dementsprechende Verzögerungen vermieden würden. Diese Zukunftsfragen treten offensichtlich bei den Alliierten immer mehr in den Vordergrund.

Im übrigen haben wir uns wiederholt für eine baldige Antwort auf Ihre Vorschläge vom 30. Juli<sup>2</sup> eingesetzt. Die Rumänien-Exporte stellten dabei eine bedauerliche Verzögerung dar. Wenn die Angelegenheit nun auch abgeklärt erscheint, so wurde sie doch bei Mr. Foot und Mr. Riefler zuerst als unangenehme Entdeckung empfunden; so wird auch jetzt noch die Tatsache bedauert, dass schweizerischerseits unmittelbar vor Aufnahme der Londoner Blockadeverhandlungen derart weitgehende Kriegslieferungen vereinbart wurden, die denn auch das letzte Quartal 1942 sowie das 1. Halbjahr 1943 stark belasteten.

Auch müssen wir uns darüber bewusst sein, dass bei der zunehmenden Verschärfung der Kriegsführung, namentlich bei den planmässigen Bombardierungen der deutschen Kriegsproduktion, die Frage unserer industriellen Exporte weiterhin im Mittelpunkt der hiesigen Beurteilung bleiben wird. Wenn wir glücklicherweise bisher in Parlament und Presse von kritischen Äusserungen verschont blieben, so kann sich dies über Nacht ändern. Es besteht für mich kein Zweifel, dass die Aufdeckung unserer Kriegsmateriallieferungen sowie namentlich auch deren Finanzierung durch staatliche Kredite, in der Öffentlichkeit einen äusserst peinlichen Eindruck hervorrufen, und unsern sonstigen guten Ruf auf lange Zeit in ungünstiger Weise beeinträchtigen könnte. Schweden, das nunmehr punkto Handelsverkehr und Transit eingelenkt hat, sah sich in den letzten Monaten einer heftigen Kritik gegenübergestellt, trotz seiner wesentlichen Beiträge an die alliierte Handelsschifffahrt. Diesbezüglich erhalten Sie mit gleicher Post Bericht<sup>3</sup> über einen kürzlichen Leitartikel in der «Financial News» über die deutsche Clearingverschuldung, unter Gegenüberstellung Schwedens und der Schweiz, worin u.a. die Weiterführung unserer staatlichen Transfergarantie für Kriegsmaterialexporte als unzulässiger Zustand bezeichnet wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf meine Mitteilung an das Politische Departement vom 5. August<sup>3</sup> verweisen. Auf Grund meiner hiesigen Beurteilung, wird es in meiner Überzeugung immer dringlicher, dass wir *aus eigenem Antrieb* die gefährlichen Positionen in unsern Beziehungen zu Deutschland abbauen, so gut dies heute noch möglich ist. Hiezu gehört in erster Linie die möglichste Drosselung der eigentlichen Kriegsmateriallieferungen,

---

1. *Non reproduit.*

2. *Cf. annexe au présent document.*

3. *Non retrouvé.*

die sich gewiss nicht mit Gründen der Arbeiterbeschäftigung entschuldigen lassen, umsoweniger als den Alliierten unser staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, wie auch der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften hinreichend bekannt sein dürften<sup>4</sup>.

---

4. Cf. aussi le télégramme N° 875 du Ministre Thurnheer, daté du 3 septembre 1943, et envoyé au DPF, dont voici le texte: Ich wurde gestern zu Foot und Riefler gerufen.

1) Beide erklärten übereinstimmend, dass sie von Erklärungen zu Juli-Exporten Kenntnis genommen, dass diese jedoch nicht zu befriedigen vermöchten. Für die Alliierten bleiben als ausschlaggebend die Tatsache, dass die schweizer. Regierung im heutigen Zeitpunkt eine derartige massive Expansion zugelassen habe und dies trotz des von allem Anfang an klar zum Ausdruck gebrachten Begehrens auf *generellen* Abbau unserer Lieferungen an Achse als Voraussetzung für weitere alliierte Zufuhren. Die Zulassung dieser Expansion stelle eine weitgehende Beeinträchtigung der kommenden Restriktionen und damit des Endresultates per 1943 dar. Die Duldung einer solchen Expansion widerspreche Sinn und Geist der ganzen Verhandlungen.

2) zu unserem Hinweis auf Ablehnung gewisser Kriegsaufträge durch einzelne Firmen antwortet Foot, dass diese Haltung begrüssenswert sei, dass aber für ihn in erster Linie die Handlungsweise der schweizer. Behörden massgebend sei.

3) Foot und Riefler verlangten alsdann neuerdings eine gleichmässige Staffelung innerhalb der nunmehr wirksamen Exportquoten (siehe meinen Brief 24. August). Eine plötzliche Anhäufung von Lieferungsnachweisen würde hier sehr ernst betrachtet, indem Einfuhr mit dem Sinne der ganzen Abmachungen unvereinbar wäre. Beide erwähnten hierauf Reparaturverkehr ähnlich meiner Meldung 840 Ziffer 2, unter Hinweis, dass Bern schon durch Delegation über britische Auffassung orientiert sei. Beide halten fest, dass Reparaturverkehr einer Zurverfügungstellung von Arbeitskräften im gesicherten neutralen Raum gleich käme und damit einen wertvollen Beitrag an Achse stellen würde.

4) Foot und Riefler machen nachdrücklich geltend, dass auch sonst keinerlei Verschiebungen erfolgen dürften, welche die künftigen Beschränkungen in irgend einer Weise ausgleichen könnten. Foot sagte wörtlich, es dürften keine anderen Güter oder sonstigen Leistungen anstelle der reduzierten Positionen treten. Soweit Foot Riefler.

Demgegenüber machte ich nochmals einzelne Elemente Ihrer 920/923 geltend, namentlich auch unter starkem Hinweis auf günstige Entwicklung ab 1. August, sowie auf nunmehr wirksame Einschränkungen die selbstredend in strikter Weise eingehalten würden, letzteres auf Antwort auf Einwendung Riefler, dass Augusttotal noch unbekannt. Desgleichen betonte neuerdings geographische Lage und deren Folgen. Reaktion beider zeigt, dass alliierte Enttäuschung über Zulassung der Juni-Juliexporte festhalten. Auch bleibt verstärktes Misstrauen unverkennbar, wie Hinweis auf Reparaturverkehr, Quoten-Staffelung etc. zeigen. Auf erneute dringliche Darlegung Wünschbarkeit Rückkehr Delegation, antworteten die Beiden, dass sie trotz unbefriedigender Natur schweizerischer Antwort in etwa 8 Tagen zu Übergabe Traktandenliste in der Lage zu sein hoffen, Unvorhergesehenes vorbehalten. Für allgemeine Situation siehe auch Bericht an E.V.D. 17. August. Angesichts Gesamtbild obiger Eröffnungen hielt ich Aufwerfung Frage Quotenrückwirkung zurzeit allzu riskiert, doch gewärtige Ihren Bericht falls Sie Demarche beharren wollen (E 7800/1/23).

1294

17 AOÛT 1943

## ANNEXE

E 7800/1/23

*Le Département de l'Economie publique  
au Ministre de Grande-Bretagne à Berne, C. J. Norton*

Copie  
AM

Berne, 30 juillet 1943

Le Département fédéral de l'Economie publique a l'honneur de répondre comme il suit à l'Aide-mémoire de la Légation de Grande-Bretagne du 17 juillet 1943<sup>5</sup>, par lequel le Gouvernement britannique faisait connaître sa manière de voir sur les propositions suisses du 10 juillet 1943<sup>6</sup>.

1. Il est exact que les propositions formulées par la Suisse avant la reprise des négociations à Londres ne traitaient pas les exportations vers les pays de l'Axe autres que l'Allemagne. Le Gouvernement suisse regrette vivement que cette omission ait suscité quelques hésitations sur ses véritables intentions dans l'esprit du Gouvernement britannique et retardé ainsi la reprise des pourparlers. En effet, le Gouvernement suisse n'a jamais entendu éluder les restrictions d'exportation à destination de l'Allemagne en accroissant les livraisons aux autres pays de l'Axe.

2. Les propositions suivantes soulignent le désir du Gouvernement suisse de satisfaire aux demandes des Gouvernements britannique et américain formulées dans l'Aide-mémoire du 17 juillet 1943:

I. Le Gouvernement suisse ne prendra naturellement aucune mesure susceptible de frustrer les Gouvernements britannique et américain des avantages qui leur ont été concédés en matière de restrictions d'exportation.

II. Pour le deuxième semestre de l'année 1943, le Gouvernement suisse est disposé à limiter au 50% des valeurs d'exportation de l'année 1942, les livraisons aux pays de l'Axe autres que l'Allemagne

a) des produits repris sous les positions<sup>7</sup> Nos 753/56, 809a<sup>1</sup>-a<sup>3</sup>, M 6, 914h, 935d, 936d, 937, 948a et 954a du tarif douanier suisse. Il s'agit pour chaque position tarifaire d'un contingent global s'étendant à l'ensemble de ces pays.

b) des produits repris sous les positions Nos 811/13, 1083 et 1084 du tarif douanier suisse. Chacun de ces pays se verra attribuer un contingent global pour l'ensemble de ces positions.

c) En ce qui concerne l'Allemagne, le Gouvernement suisse confirme ses propositions antérieures.

d) Si quelque inconvénient grave devait résulter de l'application rigide de ces restrictions aux pays de l'Axe autres que l'Allemagne, le Gouvernement suisse se réserve de le signaler aux autorités britanniques et américaines au cours des prochaines conversations.

III. a) Le Gouvernement suisse se déclare disposé à réduire, pour le 2<sup>e</sup> semestre 1943, à 50% des valeurs d'exportation de l'année 1942, l'exportation des produits repris sous les positions du tarif: M 9 et 956 a/f.

Il s'agit d'un contingent global, qui s'étend à l'ensemble des pays de l'Axe.

b) L'exportation des produits repris sous la position MDy du tarif douanier est d'une importance capitale pour assurer l'occupation des travailleurs: dans les circonstances actuelles, le chômage entraînerait les plus graves conséquences, tant du point de vue social que du point de vue politique. Le Gouvernement suisse est néanmoins disposé à fixer pour le 2<sup>e</sup> semestre 1943 un plafond de 11 millions de francs pour l'exportation de ces produits vers l'ensemble des pays de l'Axe, dont 7 millions au maximum à destination de l'Allemagne.

5. Cf. annexe au N<sup>o</sup> 388.

6. Cf. N<sup>o</sup> 388.

7. Pour l'explication de ces positions du tarif douanier suisse, cf. N<sup>o</sup> 388.

## IV. Le Gouvernement suisse confirme:

a) qu'à partir du 1<sup>er</sup> juillet 1943, l'exportation vers l'Allemagne des produits repris sous les positions suivantes du tarif douanier (811/13, 1083/1084, 948a, 753/56, 914h et 937) a été contingentée pour le 2<sup>e</sup> semestre 1943, au 40% des valeurs d'exportation de l'année 1942;

b) que l'exportation à destination de l'Allemagne des produits repris sous les positions tarifaires: (809a1-a3, M 6, 935d, 936d et 954a) sera réduite, à partir du 1<sup>er</sup> août 1943 et pour les cinq derniers mois de l'année, à 33 1/3% des valeurs d'exportation de l'année 1942.

V. Le Gouvernement suisse est disposé à contingerter selon le désir exprimé par le Gouvernement britannique l'exportation des outils d'horlogerie, repris sous la position 747 du tarif douanier. Il s'agit d'un contingent global, égal au 50% des valeurs d'exportation de l'année 1942, qui s'étend à l'ensemble des pays de l'Axe.

VI. Le Gouvernement suisse prendra toute mesure utile pour empêcher qu'une réduction injustifiée de prix fausse le contingentement-valeur et entraîne ainsi une augmentation de la quantité ou du nombre des pièces exportées.

3. Le Gouvernement suisse saisit l'occasion de confirmer aux Gouvernements britannique et américain que dans son esprit l'offre de réduire l'exportation des produits agricoles vers tous les pays de l'Axe aurait dû avoir pour corrélatif l'autorisation d'importer en Suisse des matières fourragères, spécialement de l'avoine destinée à l'Armée fédérale.

4. Le Gouvernement suisse se plaît à espérer que ces nouvelles propositions permettront aux Gouvernements britannique et américain d'autoriser à nouveau les livraisons de denrées alimentaires à la Suisse et les engageront à fixer à une date prochaine la reprise des pourparlers à Londres<sup>8</sup>.

---

8. *La réponse des gouvernements alliés à l'aide-mémoire du 30 juillet ne nous est connue qu'à travers cette traduction française, non datée, transmise par le Ministre Thurnheer au DEP, et par ce Département au Ministre de Grande-Bretagne à Berne, C. J. Norton, le 20 août*: Les propositions du Gouvernement Suisse ne correspondent pas à celles formulées par Monsieur Foot dans sa lettre du 3 juillet. Les Gouvernements Alliés n'en sont pas moins disposés à mettre immédiatement à la disposition de la Suisse des contingents de denrées alimentaires jusqu'à concurrence de la moitié des contingents qui auraient été accordés si l'on avait donné suite à leurs propositions initiales. Ces contingents réduits seraient consentis aux conditions suivantes:

1) La Suisse appliquera immédiatement pour les armes et les machines les restrictions d'exportation prévues à l'égard de tous les pays de l'Axe dans son aide-mémoire du 30 juillet.

2) Ces mesures seront soumises à un rajustement à l'égard de tout pays ou territoire qui se détacherait de l'Axe.

3) La Suisse ne mettra pas obstacle à l'attribution au Gouvernement britannique, pour les besoins courants de ce dernier, certains montants en francs suisses jusqu'au moment où les négociations financières pourront être poursuivies avec la Treasury.

A ces conditions, les Gouvernements alliés se déclarent disposés à accueillir la délégation commerciale suisse et à reprendre les négociations interrompues à fin décembre 1942. Ils envisagent de soumettre prochainement à la Suisse une liste des questions qu'ils voudraient voir traiter au cours de ces négociations. Ils se plaisent à espérer que la délégation suisse sera munie des pouvoirs nécessaires pour discuter de ces questions. Ainsi qu'ils l'ont déjà déclaré au Ministre de Suisse, les deux Gouvernements considèrent que les solutions proposées pour réduire les exportations suisses ne correspondent qu'aux circonstances actuelles. En conséquence, si l'Italie renonçait à la guerre ou si pour une cause quelconque la frontière suisse était ouverte et que le commerce suisse ne soit plus soumis au contrôle de l'Axe, les Gouvernements alliés attendent du Gouvernement suisse qu'il se prête à de nouveaux arrangements commerciaux, comportant, entre autres, de nouvelles restrictions du commerce suisse avec l'Allemagne et les pays européens occupés ou contrôlés par celle-ci (E 7800/1/23).